

Postulate zum Budget 2005

Dienststelle BD / Diverse

Erhöhung der Ausgaben um CHF 1'227'000.-

Massnahmen gemäss Bericht des Finanzdepartements betreffend Kompensation Gratisbestattung sind rückgängig zu machen: Das Stimmvolk hat sich für die Beibehaltung der Gratisbestattung ausgesprochen. Es wurde nicht darüber abgestimmt und konnte auch nicht angenommen werden, dass dafür in anderen Bereichen im Baudepartement gespart wird. Der Volkswille muss beachtet und das Budget somit auf der Ausgabenseite um die Kosten für die Gratisbestattung erhöht werden.

Anita Lachenmeier-Thüring

Dienststelle Nr. 806 / AWA

Erhöhung der Ausgaben um CHF 600'000.-

Kosten für 4 zusätzliche (Voll-)Stellen für Arbeitsinspektor/innen im Kontrollbereich Entsendegesetz/flankierende Massnahmen. Die Kantone haben die Aufgabe, die Kontrollfunktion in diesem Bereich in nicht GAV unterstellten Branchen wahr zu nehmen. Als Grenzkanton ist Basel-Stadt besonders betroffen von der Gefahr von Lohndumping und Verletzung arbeitsrechtlicher Vorschriften. Die bestehenden Kontrollkapazitäten sollen daher ausgebaut werden.

Christine Keller

Dienststelle Nr. 2105 / Ressort Schulen / SPD

Erhöhung der Ausgaben um CHF 150'000.-

Der Schulpsychologische Dienst (SPD) im Ressort Schulen soll laut Regierungsratsbeschluss vom 2.11.04 ab 2005 für Therapiesitzungen einen Selbstkostenanteil von CHF 25.- pro Stunde in Rechnung stellen. Diese Massnahme soll zu jährlichen Mehreinnahmen von CHF 150'000.- führen. Mit der Erhöhung des SPD-Budgets um CHF 150'000.- soll die gleiche Summe ohne Erhebung eines Selbstbehaltes vom SPD zur Verfügung stehen. Die Leistungen des SPD können somit weiterhin unentgeltlich sein.

Heidi Mück

Dienststelle Nr. 305 / Gleichstellungsbüro

Erhöhung der Ausgaben um CHF 70'000.-

Das Gleichstellungsbüro wurde 2004 massiv bespart. Die Sparmassnahmen wurden 2004 durch interne Mittel zum Teil aufgefangen. Ab 2005 soll nun ein zusätzlicher Stellenabbau realisiert werden. Dieser ist in keiner Weise gerechtfertigt. Zur Erhaltung des Status Quo braucht es die Sicherstellung der bisherigen bescheidenen Stellendotierung. Für 2005 muss das Gleichstellungsbüro eine 40% Stelle und eine Praktikantinnen-Stelle streichen. Mit CHF 70'000.- kann dieser Stellenabbau verhindert werden.

Margrith von Felten

Dienststelle Nr. 271 / Ressort Hochschulen

Erhöhung der Ausgaben um CHF 1'200'000.-

Obwohl vom Gesetz her frei zu entscheiden, hat der Unirat die Absicht geäussert, die Mitarbeitenden der Uni dem Staatspersonal gleich zu stellen, d.h. den Stufenanstieg der Löhne (analog GR-Entscheid vom 8.12.04) in der Höhe von 1.2 Mio zu gewähren. Laut Ratschlag 9391 beantragt die Regierung dem Grossen Rat in Abweichung zum Antrag des Universitätsrates den Globalbeitrag um 3.7 Mio. zu senken. Die bis jetzt gewährten Sonderbeiträge von 9.7 Mio. werden durch 6 Mio. (je 3 Mio. BS und BL) nicht umfassend gedeckt. Die Mitarbeitenden der Uni haben in den letzten Jahren bereits grössere Sparopfer gebracht, die vor allem im Unter- und Mittelbau zu einem realen Lohnabbau führten.

Doris Gysin

Dienststelle Nr. 280 / Ressort Kultur

Erhöhung der Ausgaben um CHF 220'000.-

Die Allgemeinen Bibliotheken der GGG müssen aufgrund knapper Finanzen die Zweigstelle Kleinhüningen schliessen. Die Bewohner/innen von Kleinhüningen bemühen sich intensiv, ihre Bibliothek zu retten, denn insbesondere für die vielen Kinder und Jugendlichen, die diese Zweigstelle besuchen, ist die als Ersatz angepriesene Zweigstelle Bläsi nicht attraktiv und zu weit weg. Mit der verlangten Erhöhung des Beitrags an die ABG könnte die Zweigstelle Kleinhüningen vor der Schliessung bewahrt werden.
Heidi Mück, Hans Baumgartner